

X. Belgien.

10. Januar. (Kammer.) Die Heeresvorlage wird im Ausschuß mit 6 Stimmen gegen 1 angenommen. (Siehe Jahrgang 1912.)

23. Januar. (Kammer.) Regierungserklärung zur Wahlrechtsfrage.

Ministerpräsident de Broqueville führte aus, daß er nicht geneigt sei, unter dem Druck der Drohung des Generalstreiks auf die Erörterung der Verfassungsrevision einzugehen. Er gab zu, daß die Regierung, bevor die Drohung des Generalstreiks vorhanden war, an eine Vereinigung des Gemeinde- und des Provinzialwahlrechts dachte, daß sie sich aber auf keinerlei Formeln festlegte. Für die Gemeinden kann ein Wähler bis zu vier, für die Provinz bis zu zwei Stimmen besitzen. Eine Abschaffung des Pluralwahlrechts hätte also diese Maßregel nicht bedeutet.

30. Januar. (Kammer.) Fortsetzung der Beratungen über die Verfassungsrevision.

Abg. Vandervelde (Ed.) macht den Kompromißvorschlag, daß die Wahlrechtsvorlage nach dem Antrag des Abg. Symens (Ed.) einer Kommission unterbreitet wird, und daß der König seine Autorität einsetzen solle, um eine Verständigung zu erzielen und den Generalstreik zu verhüten. Abg. Woeste erklärt sich gegen den Kompromißantrag, der einer Annäherung des allgemeinen gleichen Wahlrechts Vorstoß leisten würde und deshalb prinzipiell verwerflich sei.

6. Februar. (Kammer.) Ein Hoch auf Frankreich gelegentlich der Beratung über die Verfassungsrevision.

Der katholische Abgeordnete aus Flandern, Gielens, rief einem anderen Redner seiner Fraktion, der von dem französischen Wahlsystem sprach, zu: „Frankreich ist eine mächtige Republik“ (République puissante). Der Präsident der Kammer und der Ministerpräsident protestierten gegen diese Ausdrucksweise, nachdem sie aus der Mitte des Hauses interpelliert worden waren. Der Kammerpräsident erhob sich und rief: „Vive la France!“ In diesen Ruf stimmte die Kammer ein.

11. Februar. (Kammer.) Der Kriegsminister erklärte, durch das Verbot für die Offiziere, geheimen unpolitischen Organisationen anzugehören, habe er zum Ausdruck bringen wollen, daß Offiziere nicht Mitglieder von Freimaurerlogen sein könnten.

13. Februar. (Kammer.) Bei der Beratung der Heeresreform kam es zu tumultuariösen Szenen, da die Sozialisten und Liberalen sich zur Geheimhaltung von vertraulichen Mitteilungen des Ministerpräsidenten nicht verpflichten wollten.

14. Februar. (Kammer.) Die Debatte über die Militärreform, für die 51 Redner vorgemerkt sind, wird wieder aufgenommen.